

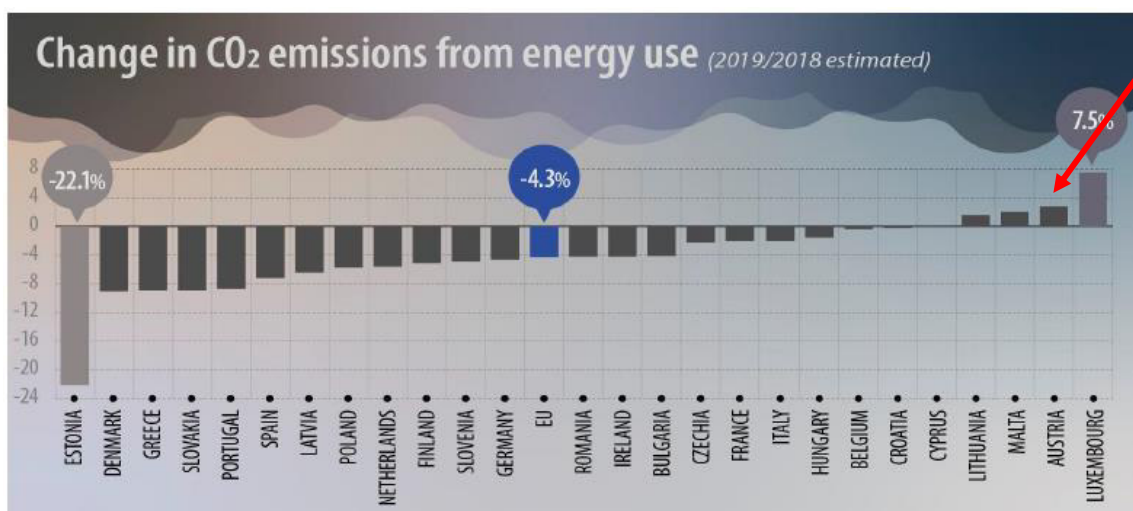
KLIMA und ENERGIE:**ÖSTERREICH 2019 Schlusslicht in der EU-Emissionsstatistik**

Österreich ist in der Politik gegen das Corona Virus international gemessen erfolgreich. Es erfüllt den Beobachter mit Stolz, wenn er im Fernsehen sieht, wie Bundeskanzler Kurz im Kontakt mit Staatsmännern aus aller Welt Erfahrungen austauscht.

Umso unverständlicher ist es, dass Österreich unter Bundeskanzler KURZ in der Klimapolitik unter den Schlusslichtern Europas rangiert. Mit dem Grundsatz, keine Erhöhung der Abgaben auf fossile Energien, schaffte es Österreich 2019 die Emissionen unter allen EU Ländern am stärksten zu erhöhen. Von der Einhaltung des Paris Abkommens ist keine Rede mehr.

Wenn alle Länder in der Klimapolitik so agieren wie Österreich bisher, wird die kommende Generation ein klimapolitisches Fiasko erleben!

Anfang Mai veröffentlichte EURO STAT die folgende Graphik. Sie zeigt, dass im Schnitt die Emissionen in der EU im Jahre 2019 um 4,3% zurückgingen. Sie sanken in 23 Staaten, in Österreich dagegen stiegen sie um 2,8%, nur in Luxemburg war der Anstieg prozentuell höher. In absoluten Zahlen war der Anstieg in Österreich mit 2,2 Mio. t bei weitem am höchsten, in Luxemburg etwa eine Mio. t.



Ö

Die mittlerweile schon existenzbedrohenden Auswirkungen des Klimawandels, besonders in der Land- und Forstwirtschaft und damit in der Nahrungsmittelversorgung können nur abgeschwächt werden, wenn die CO₂ Emissionen drastisch zurückgehen, in Österreich mindestens um vier Mio.t jährlich, von aktuell 81 mio.t auf unter 40 Mio.t im Jahre 2030.

Der Rückgang, der im Jahre 2020 als Folge der Corona-Krise zu erwarten ist, etwa 5 Mio. t muss in den Folgejahren kontinuierlich fortgesetzt werden. Dies kann angesichts der stark gesunkenen Ölpreise nur erreicht werden, wenn 2020 ein ökosozialer Steuerumbau beschlossen wird mit deutlich höheren Abgaben auf Öl und Gas und aliquoter Rückführung der Erlöse an die Haushalte, die Wirtschaft und die Landwirtschaft.

Das Argument, das ginge nur im europäischen Gleichklang ist falsch; denn erstens haben schon mehrere Länder einen solchen Umbau mit Erfolg durchgeführt und zweitens würde Österreich bei der erforderlichen Einstimmigkeit in Steuerfragen dann solange warten müssen, bis das letzte Land zustimmt. Wer so argumentiert, will Österreich auf Dauer als Schlusslicht in der Klimapolitik positionieren und außerdem Strafzahlungen wegen Nichteinhaltung der Verträge in Kauf nehmen.

KLIMASCHUTZ DURCH ÖKOSOZIALEN STEUERUMBAU JETZT!